

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

24. Juni 2013

Afghanistan

Aufnahme von Friedensgesprächen unklar

Die Taliban eröffneten am 18.06.13 in Katars Hauptstadt Doha ein Verbindungsbüro und zeigen sich zu einer Wiederaufnahme des Friedensprozesses bereit. Präsident Karzai kündigte zunächst an, bald eine Delegation des Hohen Friedensrates nach Doha zu entsenden. Nahezu zeitgleich teilten die USA mit, in wenigen Tagen Gespräche mit den Taliban in Doha führen zu wollen. Am 19.06.13 lehnte Karzai jedoch Verhandlungen ab, da diese unter afghanischer Leitung und ohne Einmischung von außen stattfinden müssten; eine Teilnahme an Gesprächen zwischen Taliban und den USA schloss Karzai aus. Ob und wann es nunmehr zu Gesprächen kommt ist offen. Auch Verhandlungen mit den USA über ein Sicherheitsabkommen, welches die Zusammenarbeit mit den USA nach dem Abzug der NATO-Truppen ab 2014 regeln soll, wurden von der afghanischen Regierung ausgesetzt.

Übernahme der Sicherheitsverantwortung/Sicherheitslage

Präsident Karzai verkündete am 18.06.13 in Kabul die landesweite Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch afghanische Sicherheits- und Polizeikräfte. Die Übergabe soll den Weg für den Abzug der internationalen Truppen bis 2014 ebnen. In den kommenden Monaten sollen diese schrittweise aus den Provinzen Afghanistans abziehen. Die etwa 100.000 NATO-Soldaten im Land haben zukünftig nur noch eine unterstützende Funktion. Während der Übernahmezeremonie kam es bei einem Anschlag auf einen Konvoi in Kabul zu drei Toten und mehr als 20 Verletzten. Der Anschlag soll dem afghanischen Abgeordneten Mohammed Mohaqiq gegolten haben. Mohaqiq blieb unverletzt.

Bei einem Anschlag auf den Luftwaffenstützpunkt Bagram am 18.06.13 wurden vier US-Soldaten getötet. In der nordafghanischen Provinz Kunduz starben bei einem Angriff der Taliban auf einen Polizeiposten am 22.06.13 mindestens 18 Aufständische und zwei Polizisten. Elf Aufständische und ein Polizist seien verwundet worden. Bei einem weiteren Angriff wurde in Südafghanistan ein ISAF-Soldat getötet.

Irak

Sicherheitslage

Am 18.06.13 wurden bei zwei koordinierten Anschlägen auf eine schiitische Moschee in Bagdad mindestens 29 Menschen getötet.

Am 19.06.13 kamen bei Anschlägen in Al-Hadhr (Provinz Ninive) und in der Provinz Diyala insgesamt 13 Menschen um.

Am 22.06.13 starben bei einer Serie von Anschlägen mindestens 30 Menschen. Betroffen waren insbesondere Bagdad, Mosul (Provinz Ninive) und die Provinzen Salahaddin und Anbar.

Am 23.06.13 wurden bei Anschlägen u.a. in den Provinzen Salahaddin, Anbar, Kirkuk, Ninive und Bagdad 43 Menschen getötet.

Anschläge bei Nachwahl

Am 20.06.13 wurde in den Provinzen Anbar und Ninive die verschobene Provinzratswahl unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt. Es kam zu Angriffen von Extremisten auf Wahllokale. In Ramadi

(Provinz Anbar) starben zwei Polizisten. In der Provinz Ninive wurden am Vorabend der Wahl ein Parteiführer und vier Mitglieder seiner Familie durch einen Selbstmordattentäter getötet. Am Abend des 20.06.13 kamen in Ramadi bei einem Anschlag auf ein Wahllokal acht Menschen um. Die Opfer sollen Mitglieder der Wahlkommission und Polizisten sein.

Pakistan

Bergsteiger ermordet

In der Region Gilgit-Baltistan in Kaschmir ermordeten am 22.06.13 islamistische Extremisten in einem Basiscamp am Nanga Parbat zehn ausländische Bergsteiger und einen pakistanischen Koch. Bei den Ausländern soll es sich nach pakistanischen Medienberichten um zwei Chinesen, einen US-Bürger chinesischer Abstammung, drei Ukrainer, zwei Slowaken, einen Litauer sowie einen Nepalesen handeln. Ein weiterer chinesischer Bergsteiger sei entkommen. Gegen Mitternacht sollen etwa 15 Extremisten in Uniformen der Gilgit Scouts die Schlafenden überfallen haben. Ein Sprecher der Tehrik-i-Taliban Pakistan erklärte, die mit den pakistanischen Taliban verbundene Gruppierung Janud-e-Hafsa habe den Angriff ausgeführt. Er sei eine Vergeltung für die Tötung des Talibankommandeurs Wali ur Rehman durch eine US-Drohne im Mai.

Selbstmordanschlag auf schiitische Moschee

In Peshawar starben am 21.06.13 mindestens 14 Menschen, als ein Selbstmordattentäter zunächst das Feuer auf Polizisten vor einer schiitischen Moschee eröffnete und sich dann inmitten der Gläubigen selbst in die Luft sprengte.

Politiker in Karatschi ermordet

In Karatschi (südpakistanische Provinz Sindh) erschossen Unbekannte am 21.06.13 einen Abgeordneten des Provinzparlaments, dessen Sohn und einen Passanten. Die Täter eröffneten das Feuer auf den Politiker der Muttahida Quami Movement (MQM), als er nach dem Freitagsgebet eine Moschee verließ.

Die MQM ist die zweitgrößte Partei im Provinzparlament Sindh. Ihre Anhänger sind vor allem Urdu sprechende Muslime, die (bzw. deren Familien) nach der Entstehung der unabhängigen Staaten Indien und Pakistan im Jahr 1947 von Indien nach Pakistan zugewandert waren.

Syrien

Außenminister der Syrien-Kontaktgruppe weiten Hilfe für Rebellen aus

Die Außenminister von elf westlichen und arabischen Staaten (USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Ägypten, Türkei, Saudi-Arabien, Jordanien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar), der Gruppe der „Freunde Syriens“, beschlossen am 22.06.13 in Katar, den Aufständischen solle „dringend alles notwendige Material und Ausrüstung geliefert werden“. Jedem Land bleibe es überlassen, wie es die Aufständischen unterstützen wolle. Katar, Saudi-Arabien und die Türkei beabsichtigen, Waffen zu liefern. Die Unterstützung soll über den pro-westlichen Obersten Militärrat abgewickelt werden. Der deutsche Außenminister möchte zusammen mit anderen Außenministern die geplante Syrien-Konferenz in Genf vorbereiten, für die es bisher weder einen Termin noch einen festen Teilnehmerkreis gibt.

USA bilden 5.000 Rebellen in Jordanien aus

Am 22.06.13 teilten jordanische Militärs mit, die USA hätten bereits damit begonnen, 5.000 Rebellen der Freien Syrischen Armee (FSA) auszubilden. Das schon seit letztem Jahr laufende Ausbildungsprogramm, das zunächst nur die Entdeckung und Sicherung chemischer Waffen umfasste, sei ausgeweitet worden und umfasse jetzt auch die Bedienung von Luftabwehr- und panzerbrechenden Raketen.

Kämpfe in Syrien gehen weiter

Unterdessen gehen die Kämpfe weiter. Die Regierungstruppen und die Rebellen verstärkten am 22.06.13 ihre Offensiven in strategisch wichtigen Gegenden: die Regierungstruppen vor allem im Norden der Hauptstadt Damaskus, um die Rebellen von ihren Versorgungsrouten abzuschneiden; die Rebellen versuchten, in den Westen der Stadt Aleppo vorzustößen.

Westjordanland

Premier Hamdallah tritt zurück

Weniger als drei Wochen nach seiner Ernennung hat der palästinensische Ministerpräsident Rami Hamdallah seinen Rücktritt eingereicht. Dies bestätigte sein Büro am 20.06.13. Als Grund wurden „Einschränkungen seiner Autorität“ genannt. Abbas hatte Hamdallah Anfang Juni zum Regierungschef ernannt. Er sollte bis August eine Übergangsregierung leiten. Bis dahin wollen al-Fatah und die radikalislamische Hamas eine unabhängige Regierung unter Leitung von Abbas gebildet haben. Wegen der großen Differenzen zwischen den beiden größten Palästinenserorganisationen gab es allerdings große Zweifel, ob diese Vereinbarung umgesetzt wird. Die Ernennung des als gemäßigt geltenden Hamdallah – er ist Universitätsprofessor – hatte zunächst Hoffnungen auf neue politische Impulse in der Region und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Israel über eine Zwei-Staaten-Lösung geweckt. Der 54-Jährige hatte am 06.06.13 sein Kabinett vorgestellt. Viele der mit Hamdallah insgesamt 24 Kabinettsmitglieder saßen schon in der Regierung von dessen Vorgänger, dem Mitte April zurückgetretenen Salam Fayyad. Dieser war nach einem Streit mit Abbas zurückgetreten.

Türkei

Beratung über Beitrittsgespräche

Die EU beginnt heute auf der Ebene der EU-Botschafter mit der Beratung über die Fortsetzung der Beitrittsgespräche mit der Türkei. Es soll über die Eröffnung eines weiteren Beitrittskapitels entschieden werden. Der türkische Europaminister Bagis kündigte in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung eine Reaktion seines Landes an, falls Deutschland die Fortsetzung der Beitrittsgespräche blockieren sollte. Er erklärte: „Nur so viel, die Türkei hat auch noch andere Optionen.“ Gleichzeitig relativiert er aber seine Kritik an Kanzlerin Merkel und betont: „Wir brauchen die EU, und die EU braucht uns.“ Bundeskanzlerin Merkel hatte sich Anfang letzter Woche kritisch zum harten Vorgehen der türkischen Behörden gegen Demonstranten geäußert. Die Beitrittskonferenz sollte eigentlich einen Durchbruch nach einem mehr als zweijährigen Stillstand in den Beitrittsgesprächen bringen. Vorgesehen war die Eröffnung eines weiteren Verhandlungskapitels zur Regionalpolitik. In den achtjährigen Verhandlungen wurden 13 von insgesamt 35 Kapiteln eröffnet, eines wurde vorläufig abgeschlossen.

Neue Proteste

Die Polizei ging am 22.06.13 in Istanbul erneut mit Wasserwerfern und Tränengas gegen Demonstranten auf dem Taksim-Platz vor. Dabei wurden auch Schutzschilde eingesetzt, um die Demonstranten abzudrängen. Vergangene Woche gab es auf dem Taksim-Platz nur einige stille Proteste, bis am Samstag wieder mehrere tausend Menschen friedlich aber lautstark demonstrierten. Ministerpräsident Erdogan, gegen dessen Politik es auch in der Hauptstadt Ankara zu Protesten kam, warf den Demonstranten fehlenden Respekt vor dem Islam vor.

Libyen

Justiz plant Prozess gegen Sohn von Gaddafi

Laut Pressemeldung vom 17.06.13 soll sich der Sohn des getöteten libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi, Saif al-Islam, ab August vor Gericht verantworten. Ihm würden „Verbrechen gegen das libysche Volk während der Revolution 2011“ vorgeworfen. Weitere Mitglieder der früheren Machtelite sollen sich ebenfalls vor Gericht verantworten, darunter Ex-Geheimdienstchef Abdullah al-Senussi, Ex-Ministerpräsident Bagdadi al-Mahmudi und der frühere Chef der libyschen Sicherheitsbrigaden, Mansur Daw.

Ägypten

Neu ernannter Gouverneur von Luxor tritt zurück

Der erst vor einer Woche von Präsident Mursi zum Gouverneur der Provinz Luxor ernannte Adel Asaad al-Chajat legte nach Protesten gegen seine Person im In- und Ausland das Amt nieder. Al-Chajat gehört der ehemals extremistischen Gruppierung Gamaa al-Islamiya an, die verantwortlich war für das Massaker beim Hatschepsut-Tempel in Luxor im Jahr 1997. Damals wurden 58 ausländische Touristen ermordet. Später hatte die Gamaa al-Islamiya der Gewalt abgeschworen.

Armee droht mit Eingreifen

Nachdem zum Jahrestag seiner Amtsübernahme am 30.06.13 landesweite Demonstrationen gegen Präsident Mursi erwartet werden, drohte der Oberkommandierende der Armee und Verteidigungsminister Abdel-Fatah el-Sissi am 23.06.13 mit einem Eingreifen der Armee in den Konflikt zwischen Regierungsgegnern und Islamisten. Nach seinen Worten werde ein Angriff auf den Willen des Volkes nicht geduldet. Beobachter interpretieren dies dahingehend, dass die Armee zugunsten der Gegner des Präsidenten einschreiten werde.

Sunnitischer Mob tötet vier Schiiten

In einer Ortschaft bei Gizeh nahe Kairo prügelten sunnitische Dorfbewohner am 23.06.13 vier Schiiten zu Tode. Dutzende weitere Angehörige der religiösen Minderheit wurden verletzt. Seit Wochen predigende Salafisten sollen etwa 3.000 Menschen aufgehetzt haben, Häuser von Schiiten anzugreifen.

Russische Föderation

Zwangsräumung des Büros der Menschenrechtsorganisation „For Human Rights“ in Moskau

Am 22.06.13 gegen 02:00 Uhr stürmte in Moskau eine größere Gruppe von Männern das Büro der bekannten Menschenrechtsorganisation „Für Menschenrechte“ und räumte es. Mehrere der im Büro anwesenden Personen, darunter der Vorsitzende der Organisation, Lev Ponomarev, erlitten kleinere Verletzungen. Bereits am Vortag waren mehrere Dutzend Polizisten in das Büro eingedrungen und hatten die Beschäftigten vergeblich aufgefordert, es zu verlassen. Die Moskauer Behörden begründeten die Zwangsräumung des Büros in einem städtischen Gebäude durch – so die Polizei – Angehörige einer privaten Sicherheitsfirma mit einem ausgetauften Mietvertrag. Ponomarev widersprach dieser Darstellung und bezeichnete die Zwangsräumung als eine weitere Drohgebärde gegen kritisches Engagement. Der präsidiale russische Menschenrechtsbeauftragte Fedotow bezeichnete die harsche Zwangsräumung als illegal. Zwar habe es Probleme mit der Verlängerung des Mietvertrages gegeben, jedoch hätte die Organisation bis zur gerichtlichen Klärung der Angelegenheit das Recht gehabt, weiter in den Räumen zu bleiben.

Albanien

Parlamentswahl – noch kein offizielles Endergebnis

Bei den Parlamentswahlen liegt noch kein offizielles Endergebnis vor. Es ist daher offen, ob der seit 2005 amtierende Regierungschef Sali Berisha mit seinen rechtskonservativen Demokraten weiter regieren kann oder ob sein Herausforderer Edi Rama von den Vereinigten Linken der Wahlsieger ist. Beide beanspruchen gleichermaßen den Sieg. Die nicht offiziellen Umfragen widersprechen sich und sehen mal die Sozialisten und mal die Demokraten vorn.

Urnengang von Manipulationsvorwürfen und Gewalttaten überschattet

Die Europäische Union bezeichnete die Wahl als Demokratietest Albaniens auf dem Weg nach Europa, das bereits zweimal erfolglos den Status als EU-Beitrittskandidat beantragt hat. Seit dem Sturz des kommunistischen Regimes im Jahr 1990 hat das Land noch keine konfliktfreie Wahl erlebt, auch die Abstimmung 2009 endete in einer politischen Krise. Auch diesmal berichteten unabhängige Wahlbeobachter von massiven Unregelmäßigkeiten und Wahlmanipulationen: Wähler hätten ohne Personalausweise abstimmen dürfen, einige Wahllokale öffneten mit stundenlanger Verspätung, einzelne Wähler gaben für ganze Familien die Stimmen ab. Zudem war die Abstimmung von Gewalt begleitet: In der Stadt Lac, rund 35 Kilometer nördlich der Hauptstadt Tirana, wurde ein sozialistischer Parteianhänger erschossen, in der Hafenstadt Vlorë zerstörte

eine Explosion das Auto des örtlichen sozialistischen Parteisekretärs, in zahlreichen Landesteilen kam es zu Schlägereien vor den Wahllokalen. Albanische Medien sprechen dennoch von einer verhältnismäßig ruhigen Wahl.

Mali

Friedensvereinbarung mit Tuareg in Mali unterzeichnet

Malis Regierung hat mit den noch im Norden des Landes aktiven bewaffneten Gruppen ein Friedensabkommen geschlossen. Der nach elftägigen Gesprächen am 18.06.13 in Burkina Fasos Hauptstadt unterzeichnete Vertrag soll zunächst ermöglichen, dass die für den 28.07.13 angesetzte erste Runde von Präsidentschaftswahlen im gesamten Staatsgebiet stattfinden kann. Das Abkommen sieht einen sofortigen Waffenstillstand und die Stationierung westafrikanischer Eingreiftruppen gemeinsam mit Einheiten der Regierungsarmee in der bislang von Tuareg-Rebellen kontrollierten Stadt Kidal vor. Gemeinsam gebildete Gremien sollen die Demobilisierung bewaffneter Gruppen vorbereiten. Zunächst ist vorgesehen, dass sich die bisher aktiven Rebelleneinheiten in Basen sammeln. Gemeinsame Patrouillen, verstärkt durch UN-Personal, sollen die Einhaltung des Abkommens überwachen. Die Rückkehr staatlicher Stellen und Sozialdienste nach Nordmali ist beabsichtigt. Alle Maßnahmen sollen noch vor den Wahlen umgesetzt werden.

Nigeria

Boko Haram töten Schüler, Lehrer und Fischer aus Vergeltung

Am 17.06.13 gegen 15 Uhr stürmten Angehörige der islamistischen Gruppe Boko Haram die „Ansarudeen Private School“ in Jajeri, einem Vorort von Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno). Sie erschossen neun Schüler und verletzten mehrere schwer. Am selben Tag griffen Boko-Haram-Angehörige Fischer am „Alau“-Fluss im Außenbezirk von Maiduguri an. Sie verlangten, dass sich die Fischer, die aus den Stadtvierteln Gwange und Hausari stammten, zusammenstellen sollten. Diese 13 Personen wurden erschossen, nachdem ihnen laut einem Augenzeugen vorher erklärt worden sei, dass deren Kinder für das Schicksal der Fischer verantwortlich seien. Diese würden Boko-Haram-Mitglieder ergreifen und den Soldaten aushändigen, die sie dann töteten. Nur einen Tag vorher hatten Boko-Haram-Angehörige in Damaturu (Hauptstadt des benachbarten Bundesstaates Yobe) gegen 21 Uhr die Unterkünfte der „Government Secondary School Damaturu“ sowie einen Straßenkontrollpunkt des Militärs in der Nähe angegriffen und sieben Schüler sowie zwei Lehrer ermordet. Zwei der Angreifer wurden getötet, drei verhaftet. Die Morde an den Schülern und Fischern erfolgten offensichtlich aus Vergeltung dafür, dass in Maiduguri mehr als 500 Jugendliche – aus den Stadtvierteln Gwange I und II, Blabirin, Mafoni und Hausari, aber auch Jugendliche im Bundesstaat Yobe – Bürgerwehren gebildet haben, die Boko-Haram-Mitglieder identifizieren, ergreifen und den Sicherheitskräften übergeben. So hatte Abu Zinnira, der Sprecher der Boko Haram, am 18.06.13 in einer Email an Journalisten u.a. erklärt, dass nun auch die Jugendlichen in den Bundesstaaten Borno und Yobe wegen ihrer aktiven Unterstützung der Sicherheitskräfte im Kampf gegen Boko Haram Ziele von Anschlägen seien. Staatspräsident Jonathan nannte die Jugendlichen „neue nationale Helden“.

Massaker an Dorfbewohnern im Bundesstaat Zamfara

Am 18.06.13 gegen 4 Uhr morgens griffen etwa 150 Bewaffnete das entlegene Dorf Kizara (Tsafe Local Government) im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara an. Nachdem sie von einem Hügel aus auf das Dorf geschossen hatten, gingen sie von Haus zu Haus, töteten mit Gewehrschüssen und Macheten Bewohner und setzten mehrere Häuser in Brand. Laut offiziellen Angaben kamen 48 Menschen um. Die Täter sollen gegenüber Dorfbewohnern geäußert haben, dass sie Mitglieder der örtlichen Bürgerwehr suchten, von denen sie „gestört“ worden seien. Es wird vermutet, dass es sich bei dem Angriff um eine Vergeltungsaktion von Viehdieben gegen die örtliche Bürgerwehr handelt. In den letzten beiden Jahren hat es in Zamfara mehrfach ähnliche Überfälle auf Dörfer mit einer Vielzahl von Toten gegeben, jedoch wurden bisher nie so viele Menschen getötet wie in Kizara.

Somalia

15 Tote bei Anschlag auf UN-Gebäude

Bei einem Anschlag der al-Shabaab auf eine Niederlassung der Vereinten Nationen in Mogadischu kamen am 10.06.13 mindestens 15 Menschen um. Nachdem ein Selbstmordattentäter im Eingangsbereich des Gebäudes eine Bombe gezündet hatte, stürmten weitere Terroristen das Haus. Unter den Toten befinden sich nach Angaben von Innenminister Abdikarim Husien Gulled vier ausländische Mitarbeiter des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) sowie vier somalische Sicherheitskräfte. Mindestens zehn Zivilisten seien verletzt worden.

Togo

Im Zusammenhang mit Bränden Festgenommene auf freiem Fuß

Am 18.06.13 kamen zehn der im Zusammenhang mit den Großbränden auf den Märkten in Lomé und Kara Festgenommenen vorläufig frei. Insgesamt wurden 35 Personen wegen Brandstiftung angeklagt, von denen mindestens 23 festgenommen wurden. Einer starb am 10.05.13 in der Haft. Die meisten Angeklagten sind Mitglieder der Opposition, die das Vorgehen der Behörden als politisch motiviert betrachtet.

Parlamentswahlen

Am 21.07.13 finden Parlamentswahlen statt. Wie am 20.06.13 bekannt wurde, wird die Opposition an den Wahlen teilnehmen. Sie hatte im Vorfeld mehrmals für Wahlreformen demonstriert und noch Anfang Juni eine Teilnahme abgelehnt, weil sie die Voraussetzungen für einen fairen Urnengang nicht als gegeben ansah.

Uganda

Tote bei Kundgebung, führender Oppositioneller festgenommen

Die Polizei ging am 20.06.13 in Kampala gewaltsam gegen eine Menschenmenge vor, die auf dem Kisekka-Markt zusammengekommen war, um einer Rede des früheren Präsidenten der wichtigsten Oppositionspartei FDC (Forum for Democratic Change), Kizza Besigye, zuzuhören. Mindestens eine Person wurde getötet, mindestens elf Personen erlitten Verletzungen. Besigye wurde festgenommen.

Vietnam

Blogger verhaftet

Am 15.06.13 wurde laut einem Bericht der vietnamesischen Zeitung Than Nien vom 17.06.13 der Blogger Dinh Nhat Uy in der südlichen Provinz Long An wegen „Missbrauchs demokratischer Freiheiten“ durch die Verbreitung „verleumderischer und falscher Informationen“ verhaftet. Sein Bruder, der Student Dinh Nguyen Kha, war bereits im Mai zu acht Jahren Haft verurteilt worden, weil er mit Flugblättern gegen den wachsenden Einfluss Chinas protestiert und sich damit der „Propaganda gegen den Staat“ schuldig gemacht habe. Zuletzt war am 13.06.13 der Blogger und frühere Kultusbeamte Pham Viet Dao in der Hauptstadt Hanoi wegen Regierungskritik verhaftet worden.

Laut Human Rights Watch sind 2013 bereits 46 Blogger und Aktivisten festgenommen worden und damit mehr als im ganzen Jahr 2012, was für ein zunehmend härteres Vorgehen der Regierung spricht.